

Evangelische Verantwortung

Hrsg.: Dr. G. Schröder, Dr. W. Dollinger, Prof. Dr. W. Hahn, Dr. G. Stoltenberg, Dr. W. Strauß

EVANGELISCHE MITVERANTWORTUNG

Eberhard Stammler

Die "Evangelische Verantwortung" ist nicht nur der Titel dieser Zeitschrift, sondern auch ein inhaltliches Programm. Die politische Verantwortung ist zwar gewiß Sache jedes Bürgers und auch jeder parlamentarischen Partei, aber im Rahmen dieser politischen Gesamtverpflichtung kommt es darauf an, daß die einzelnen Profile der Gesellschaft mit ihrer Stimme mitwirken und ihre eigene Substanz zur Geltung bringen. So haben sich im Evangelischen Arbeitskreis die Protestanten gesammelt, die auf dem Boden der CDU ihre Tradition und ihre Substanz einzubringen suchen. Sie hatten, vornehmlich in der Anfangszeit, gegen eine Denkweise anzukämpfen, die gerade in evangelischen Kreisen weitverbreitet war und die sich auf bestimmte geschichtliche Erfahrungen berief. Es war jenes Denken, das die Parteipolitik als ein unwirtliches oder gar schmutziges Geschäft empfand und das deshalb dieses Engagement lieber ändern überließ.

Darum war es um so notwendiger, die evangelische Mitverantwortung den protestantischen Kreisen ins Bewußtsein zu rufen und sie für eine tätige Mitarbeit zu gewinnen. Die Union, die sich das geschichtliche Verdienst erworben hatte, die beiden großen Konfessionen zu einer Aktionseinheit zusammenzuführen, hatte dafür eine besondere Chance, denn hier war die Gelegenheit gegeben, daß katholische und evangelische Christen ihre bisherigen Differenzen überwinden und dadurch zugleich ein starkes christliches Potential in die politische Diskussion einbringen konnten. Das setzte aller-

Nr. 1 , 25. Januar 1969

AUS DEM INHALT

| | |
|--|----|
| Evangelische Mitverantwortung E. Stammler | 1 |
| Idee und Wirklichkeit der Union Dr. G. Schröder | 2 |
| Die Realisierung der Oekumene in der CDU Dr. B. Heck | 5 |
| Historischer Rückblick Dr. E. Amelung | 6 |
| Die Wissenschaft als Friedensbrücke V. Knoerich | 8 |
| 15. Bundestagung | 12 |

dings voraus, daß der protestantische Part nicht nur zahlenmäßig ausreichend vertreten war, sondern daß er sich auch durch seinen sachlichen Beitrag entsprechend auswies.

Dieser Absicht wollten die vielen Gesprächsgruppen und vor allem auch die Bundestagungen des Evangelischen Arbeitskreises die ganze Zeit hindurch dienen; aber es hat sich immer wieder als notwendig erwiesen, für dieses Gespräch auch ein publizistisches Forum zu finden. So ist die "Evangelische Verantwortung" in erster Linie als ein Organ gedacht, in dem sich der Evangelische Arbeitskreis selbst darstellt. Zu dieser Selbstdarstellung gehört auch die Einsicht, daß es innerhalb des Protestantismus sehr verschiedenartige Strömungen gibt, daß also auch die CDU über kein protestantisches Einheitsklischee verfügt. Auf der anderen Seite wird es aber auch darauf ankommen, daß hier Orientierung gegeben wird, und deshalb wird sich dieses Organ darum bemühen, immer wieder Perspektiven aufzuzeigen, die aus dem evangelischen Denken stammen und für das politische Handeln für Bedeutung sein können.

Insofern wird die "Evangelische Verantwortung" eine der vielen Stimmen in der innerparteilichen Diskussion sein. Je mehr sich die Erkenntnis durchsetzt, daß eine so große Partei wie die Union auf den fortwährenden Austrag von Meinungen und Interessen angewiesen ist, desto sinnvoller dürfte es sein, in diesem permanenten Gespräch auch den evangelischen Beitrag zu Gehör zu bringen. Allerdings wird es dabei nicht um konfessionspolitische Interessen gehen und noch weniger um konfessionelle Machtansprüche, sondern um einen geistigen Beitrag, in dem sich der protestantische Bevölkerungsteil repräsentiert sieht. Darum ist die "Evangelische Verantwortung" auch darauf angewiesen, daß in ihr möglichst viele Stimmen zur Geltung kommen, die ihre eigene Meinung wiedergeben wollen. Denn gerade ein Organ, das sich "Evangelische Verantwortung" nennt, lebt von der Mitverantwortung ihrer Gesprächspartner.

IDEE UND WIRKLICHKEIT DER UNION

Bundesminister Dr. Gerhard Schröder
Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Im Jahre 1969 wird die Christlich-Demokratische Union in Deutschland vierundzwanzig Jahre, also fast ein Vierteljahrhundert bestehen. Diese politische Partei formierte sich in den verschiedenen Teilen unseres Landes unter denkbar schwierigen Bedingungen. Überdies waren die politischen Verhältnisse in den einzelnen Teilen unseres Vaterlandes nicht nur unterschiedlicher, sondern zum Teil auch gegensätzlicher Natur.

Die Beweggründe derjenigen, die an der Bildung dieser Partei entscheidenden Anteil haben, sind vielfach untersucht worden. Das soll hier nicht

wiederholt werden. Ich möchte heute das hervorheben, was mir selbst an diesem folgenreichen Vorgang unserer politischen Geschichte bedeutsam erscheint.

Vielen Menschen, denen in der schwierigen Lage Deutschlands im Jahre 1945 öffentliche Verantwortung zufiel oder die sie übernahmen, mußte der Gedanke, der Wunsch gekommen sein, eine Vereinigung politischer, moralischer Kräfte unseres Landes herbeizuführen, um eine tragbare Basis für die Bewältigung der gestellten Aufgaben zu gewinnen. Diese Männer, die in der Tat in politischer Hinsicht zum Teil aus weit voneinander entfernt liegenden Richtungen kamen, wollten sich vereinigen, sie wünschten eine politische Union.

Diese Union war in zweifacher Weise gekennzeichnet: Einmal sollte sie die christlichen, die auf das Individuum gerichteten Kräfte und Ideen mobilisieren, kräftigen und im politischen Raum zusammenführen. Es sollte eine Union der politisch tätigen Katholiken und Protestanten sein. Daß dies der wichtigste Bezugspunkt der Union war, kam eben in dem Namen "Christlich-Demokratische-Union" zum Ausdruck. Kaum einer, ja keiner möchte ich sagen, war so vermessen zu glauben, daß die CDU eine "christliche Politik" entwickeln könnte. Auch die Versuche, das Konzept eines "christlichen Sozialismus" zu entwickeln, waren zum Scheitern verurteilt. Zum andern sollte die Union verhindern, daß das große Vakuum, das in Deutschland entstanden war, von einer sozialistischen oder gar kommunistischen Programmatik erfüllt und ausgefüllt wurde.

Ich habe viele Zeugnisse dieser frühen Jahre gelesen. Mir scheint, daß diese beiden Gedankengänge stets im Vordergrund standen. Die Union war somit die politische Antwort auf den Mißerfolg der Weimarer Republik und auf die Katastrophe des Hitler-Regimes.

Die Union hat sich als eine der großen politischen Parteien dieses Landes, dieses freien Teiles unseres Vaterlandes erwiesen und bewährt. Keiner wird das bezweifeln. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß in dem unfreien Teil Deutschlands eine "Christlich-Demokratische-Union" als eine vom kommunistischen Regime abhängige Institution am Leben erhalten wird. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch im anderen Teil Deutschlands unter schwierigen Umständen im Jahre 1945 eine kraftvolle, selbständige Christlich-Demokratische Union gebildet wurde. Mit Sicherheit wird es in dem anderen Teil unseres Landes auch heute Deutsche geben, die in der Arbeit in eben dieser, wenn auch unfreien CDU ein geeignetes Mittel sehen, um Voraussetzungen für Recht und Freiheit dort zu schaffen. Wer von uns vermag das wirklich zu beurteilen. Wir sollten demgegenüber Toleranz üben.

Wenn ich hier von der Union spreche, so schließe ich prinzipiell auch die Schwesterpartei in Bayern, die Christlich-Soziale Union, in diese Betrachtung ein.

tung mit ein. Alle anderen Landesparteien, unter welchem Namen sie anfangs auch begründet wurden, schlossen sich schließlich - nämlich im Jahre 1950 - unter dem Vorsitz des damaligen und langjährigen Bundeskanzlers Konrad Adenauer zur Christlich-Demokratischen Union Deutschland zusammen.

Wie sieht aber nun die Wirklichkeit gegenüber der im Jahre 1945 konzipierten Unions-Idee aus?

Manche Mitgründer werden erklären, daß vieles von dem, was damals angestrebt wurde, nicht verwirklicht, ja daß vieles, was damals wichtig erschien, beiseite geschoben worden sei und daß eben die CDU des Jahres 1969 nicht mehr die idealistische, die bewegende Kraft besitze wie die des Jahres 1945.

Das wird in macher Beziehung richtig sein, aber eben nur zum Teil. Betrachten wir einmal, was uns heute die wichtigsten Faktoren bedeuten, die die Bildung der CDU in ihrer ersten Stunde bestimmten:

1.) Die Bildung einer breiten Union politisch tätiger Katholiken und Protestanten

Ohne Frage ist dies, wenn auch mit gewissen Abstrichen, gelungen. Die Frage heute lautet nicht, ob diese Union gelungen ist, sondern sie lautet: Ist diese Union noch richtig und notwendig für unsere Gesellschaft, für unsere politische Entwicklung. Es ist richtig festzustellen, daß Christen beider großen Konfessionen auch in anderen politischen Parteien wirken. Wenn das so ist, muß doch noch etwas anderes hinzukommen bei der Entscheidung eines Christen, in der CDU zu arbeiten. Diese Betrachtung ist meines Erachtens zutreffend und richtig. Es kommt in der Tat noch etwas anderes hinzu.

2.) Der Aufbau eines demokratischen, nichtsozialistischen Deutschlands

Die CDU wollte eine freiheitlich-demokratische Basis für den Wiederaufbau Deutschlands schaffen. Deutschland sollte keine sozialistische, keine kommunistische, keine marxistische Ausrichtung erfahren.

Ich stelle fest, daß dies für den freien Teil Deutschlands gelungen ist; Marxismus und Sozialismus in der klassischen Form sind für uns zu politischen Randerscheinungen geworden. Sie sind nicht die Kriterien, nach denen unser öffentliches Wohl, unsere Gesellschaftspolitik im weitesten Sinne gestaltet wurde und wird.

Aber der andere Teil unseres Vaterlandes ist in der Tat marxistisch, ja kommunistisch gestaltet worden und zwar unter der Protektion, unter dem Regime einer fremden Macht.

Ich meine, daß in Deutschland noch eine schwierige Auseinandersetzung darüber zu führen sein wird, wie einmal die gesamtdeutsche Entwicklung stattfinden soll. Ich bin der Auffassung, daß eben für dieses Ringen die CDU der eigentliche Hort des Widerstandes gegen eine sozialistische Gestaltung un-

seres öffentlichen Wohls in einem Gesamtdeutschland sein wird. Die CDU ist somit die Basis auch für eine freiheitlich-demokratische Gestaltung einer gesamtdeutschen Entwicklung. Darauf vorbereitet zu sein, ist heute so wichtig wie im Jahre 1945.

Wenn wir etwa unsere gesamtdeutsche Aufgabe amputieren würden, dann könnte man in der Tat zu dem Schluß kommen, daß eigentlich die Zielsetzungen der CDU, wie sie 1945 konzipiert wurden, erreicht seien und daß heute andere Gruppierungen des parteipolitischen Lebens angestrebt werden könnten. Wir wollen und wir können aber diese Aufgabenstellung unserer Politik nicht preisgeben.

Eine der wichtigsten Beweggründe für die Fortdauer der CDU, für die kräftige Gestaltung der CDU besteht darin, ein nichtsozialistisches Gesamtdeutschland zu verwirklichen. Die Bundesrepublik Deutschland muß Modell für das wiedervereinigte Land sein. Die CDU ist dafür eine tragende Kraft.

DIE REALISIERUNG DER OEKUMENE IN DER CDU

Generalsekretär Dr. Bruno Heck

In der Präambel des Berliner Programms bestimmt die Christlich-Demokratische Union ihr Handeln als "Politik aus der gemeinsamen Verantwortung der Christen in der Welt". Gelegentlich taucht innerhalb der Partei die Frage auf, ob der Evangelische Arbeitskreis nicht konfessionelle Sonderinteressen artikuliere und insofern die Gemeinsamkeit der Christen, die ja wesentlich den Unionscharakter der CDU ausmacht, störe. Eine solche Meinung mißverstehet jedoch Geschichte und Zielsetzung des Evangelischen Arbeitskreises.

Als die Union nach dem Kriege gegründet wurde, diente ihr als strukturelles Gerüst nicht zuletzt die Hinterlassenschaft des Zentrums. So kam es, daß das katholische Element zunächst das kräftigere in der CDU war. Der Evangelische Arbeitskreis übernahm es, das protestantische Defizit auszugleichen. Seine Aufgabe war es und ist es bis heute, die Verschmelzung des evangelischen Teils der Union in die geforderte "gemeinsame Verantwortung" zu fördern. Im Grunde genommen arbeitet der Arbeitskreis darauf hin, sich selbst überflüssig zu machen, nämlich dann, wenn die Integration endgültig gelungen ist.

Der Berliner Parteitag hat gezeigt, welche Strecke wir auf dem Weg zu diesem Ziel schon zurückgelegt haben. Es mag sein, daß hier und da noch ein personalpolitisches Ungleichgewicht der Konfessionen besteht, daß der evangelische Anteil in der Mitgliedschaft noch nicht ganz dem Anteil in der Bevölkerung entspricht. Dieser Ausgleich ist nur sehr langfristig zu erwarten. Aber innerhalb der Programmatik gibt es keinerlei katholische Reservate

mehr. Das gilt für die Schulpolitik, das gilt aber auch für die Wirtschafts- und für die Sozialpolitik. Aus dem evangelischen Bereich stammt das pietistische und das liberale Erbe der CDU, der marktwirtschaftliche Gesichtspunkt, während die katholische Soziallehre insbesondere die solidarische Verpflichtung und die Sozialbindung des einzelnen eingebracht hat. Das Berliner Programm stellt in dieser Hinsicht ein vollendetes Amalgam dar. Was aber fast noch wichtiger ist: Diese Verbindung entstand nicht auf dem Parteitag während der Diskussion als Kompromiß unterschiedlich argumentierender Gruppen, sondern sie gehört längst zum originären Denken in der gesamten Partei. Unterschiedliche Interessen sind in der Union vorhanden, wie es von einer Volkspartei nicht anders zu erwarten ist; der konfessionelle Gegensatz, der in den Anfangsjahren oft genug noch zu spüren war, ist in eine höhere Synthese eingegangen.

Das zu wissen, ist auch wichtig für die Parteiarbeit auf der Ebene der Orts- und Kreisverbände. Es soll ja die Aufgabe der CDU sein, sich für den ständigen Dialog des Bürgers mit seinem Staat als tragfähiges Medium zur Verfügung zu stellen. Die Partei soll ein "Forum der Aussprache" werden. Dabei scheint es mir nach den Erfahrungen von Berlin nicht mehr unbedingt notwendig zu sein, im Angebot der Gesprächspartner aus unserer Partei die konfessionelle Bindung der erwarteten Zuhörerschaft zu berücksichtigen.

Diese Partei spricht christlich, sie hat den alten Konfessionshader im Politischen überwunden. Dies sagen zu können, bedeutet zugleich, die bisherige Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises dankbar zu würdigen.

HISTORISCHER RÜCKBLICK

Dr. Eberhard Amelung

Wenn die "Evangelische Verantwortung" nach zweieinhalbjähriger Unterbrechung heute wieder erscheint, so ist dieser neue Anfang ganz besonders zu begrüßen. Erinnern wir uns kurz: Die erste Nummer erschien im März 1953 und enthielt Beiträge von Hermann Ehlers, Robert Tillmanns, Wolf Graf Baudissin und Hermann Kunst. Die schnell wachsende Auflage und der größere Umfang der nächsten Nummern bewiesen, daß die Zeitschrift einen festen Leserkreis gefunden hatte.

Wer die heute vergilbten Blätter liest, staunt sowohl über die offene, zum Teil aggressive Sprache als auch über das hohe Niveau der ersten Jahrgänge. Sie alle tragen unverkennbar die Handschrift Hermann Ehlers.

Mit Trauer sieht man aber auch die lange Reihe der Namen jener Männer und Frauen, die die Geschichte des Evangelischen Arbeitskreises geprägt haben, heute aber nicht mehr unter uns sind: Hermann Ehlers, Robert Tillmanns,

Edo Osterloh, Adolf Cillien, Ernst Bach, Alfons Kreussel, Luise Rehling und Walter Jansen. Sie alle haben nach besten Kräften an der "Evangelischen Verantwortung" mitgearbeitet. Liest man ihre wegweisenden Aufsätze, so ist man überrascht, wie groß ihre grundsätzliche Übereinstimmung in den Aussagen über die Verantwortung des Christen in der Politik war. Nur im Stil unterschieden sie sich. Ehlers schrieb pointiert und setzte auseinander, worum es geht; Tillmanns dagegen wollte überzeugen und Osterloh fundierte von der Theologie her.

Interessant und für die zukünftigen Historiker wichtig sind die Berichte von den einzelnen Jahrestagungen. Besonders die Resolutionen der ersten Arbeitstagungen sagten mehr aus über Geist und Anschauungen innerhalb des Arbeitskreises als manches Referat. Sie sind wichtige Zeugnisse aus der Geschichte des Arbeitskreises und wirken durch ihre Prägnanz ebenso stark wie durch die politische Kraft ihrer Argumente.

Im Diskussionsmittelpunkt der ersten Jahrgänge standen Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung. Ihre Problematik beherrschte die Auseinandersetzung in der evangelischen Kirche in den fünfziger Jahren. Der sozialetische Standort dieser Problematik war das Verhältnis des evangelischen Christen zur Politik und zum Staat, das bis ins Letzte geprüft und bestimmt wurde. Die wesentlichen Ergebnisse dieser Diskussionen, die hier nicht wiedergegeben werden können, gelten weitgehend auch heute noch. Die Konzentration auf diese Fragen hat aber - das muß deutlich gesehen werden - auch zu einer Verengung des politischen Gesichtskreises geführt. Die Fragen der Kulturpolitik, aber auch der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind sowohl in der "Evangelischen Verantwortung" als auch auf den Bundestagungen des Arbeitskreises vernachlässigt worden. Diese Fragen waren nicht weniger drängend, vielmehr traten sie in der Diskussion deshalb zurück, weil das spezifische Verständnis vom Staat und der evangelischen politischen Ethik den Zugang zu ihnen weitgehend verstellte.

Diesen Zugang zu den Problemen der Kultur- und Sozialpolitik weit zu öffnen, ist die Aufgabe der nächsten Jahre. Wir brauchen ihn, wenn wir auch in den siebziger Jahren sinnvolle politische Aussagen auf christlicher Grundlage machen wollen. Wir brauchen ihn allerdings nicht, wenn wir rein pragmatische Politik treiben wollen. Aber dann wäre auch der Evangelische Arbeitskreis in Frage gestellt.

Wollen wir unsere Politik jedoch von der christlichen Grundlage aus sinnvoll bedenken, dann müssen wir diese, unsere Basis für die Zukunft neu bestimmen. Dabei können uns die Ergebnisse der neueren protestantischen Sozialetik eine Hilfe sein, denn sie hat sich von der traditionellen lutherischen Auffassung gelöst und den Weg für eine breite Erfassung gesellschaftspolitischer Probleme geöffnet. Ihre Ergebnisse kritisch für die Politik fruchtbar zu machen, wird die zukünftige Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises und der "Evangelischen Verantwortung" sein.

DIE WISSENSCHAFT ALS FRIEDENSBRÜCKE IM
DEUTSCH-SOWJETISCHEN VERHÄLTNIS

Regierungsrat Volker Knoerich

Volker Knoerich ist persönlicher Referent von Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg; er gehört zur jüngeren Generation, die den Krieg nur am Rande erlebte. Für ihn gehört der komplexe Bereich der Wissenschaft zum modernen Instrumentarium jeder Außenpolitik. Dazu sein folgender Bericht unter dem Blickwinkel der deutsch-sowjetischen Beziehungen:

Aus politischem Blickwinkel wird die Wissenschaft als eine universelle Kraft angesehen, die zur Verständigung der Völker und Staaten beiträgt. Sie wird aber auch immer mehr zu einem Teil moderner Außenpolitik und erhält dadurch selbst einen politischen Stellenwert. Deutlich spürt man dies in den wissenschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion.

Die deutschen Wissenschaftsorganisationen - die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und der Deutsche Akademische Austauschdienst - pflegen seit langem Ostkontakte, aber jedermann weiß, daß diese ansich keine genügende Basis darstellen. Die Absprachen mit der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften und mit den sowjetischen Ministerien für Hochschulwesen, Gesundheit und Landwirtschaft führten in der Vergangenheit vor allem dazu, daß einer gewissen Zahl von Wissenschaftlern, aus Ost und West Informationsreisen, Vorträge oder auch mehrmonatige Forschungsaufenthalte ermöglicht wurden. Man traf sich auf Kongressen, pflegte Meinungsaustausch, stellte persönliche Kontakte her und arbeitete in internationalen Forschungszentren wie CERN und Dubna wissenschaftlich zusammen. Aber sowohl die Zahl der Wissenschaftler als auch die behandelten wissenschaftlichen Themen reichen bei weitem nicht aus, um den wissenschaftlichen Austausch zu pflegen, der der Bedeutung der beiden Länder eigentlich entspricht. Würden die politischen Gegebenheiten es zulassen, könnte man zum Beispiel auch zu Gemeinschaftsforschungsprojekten gelangen, wie sie die Sowjetunion zusammen mit den Ländern ihres Bereiches und auch mit einigen westlichen Ländern, etwa mit Frankreich, betreibt.

Ohne jede Frage hat die Sowjetunion begünstigt durch ihr stark zentralisiertes Wissenschaftsförderungssystem in den letzten Jahrzehnten bedeutende wissenschaftliche Erfolge - insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich - errungen.

Der 4. Oktober 1957, der Tag, an dem der erste "Sputnik" startete, leitete gleichsam das "Raumzeitalter" ein. Nicht erst seit gestern kennt man in der Sowjetunion eine besondere Wissenschaftsgläubigkeit, und zwar nicht nur in der Führung, sondern auch in breiten Volksschichten. Aus marxistischem Weltverständnis heraus werden Zukunftsprognosen und Perspektivpläne für

alle Lebensbereiche aufgestellt. Zu einer wichtigen Erkenntnis ist man jedoch bisher noch nicht gelangt.

Ein Land von der Größe und der Entwicklungsbedürftigkeit der Sowjetunion ist gezwungen, gewaltige wissenschaftlich-technische Anstrengungen auf sich zu nehmen, will es seinen Anspruch als Weltmacht behaupten und das Niveau der fortgeschrittenen Industriestaaten erreichen oder bewahren. Angesichts der großen Vielfalt und des wachsenden Finanzbedarfs der zur Gestaltung der Welt von morgen erforderlichen Projekte kann kein Staat in der Welt - auch nicht die Sowjetunion - allein auf sich gestellt sie verwirklichen.

Jeder Staat ist auf eine weltweite Arbeitsteilung mehr und mehr angewiesen und muß es ertragen, zumal wenn er eine Spitzenposition in der Welt bekleiden will, daß Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung in einen "do ut des" ausgetauscht werden. Die wissenschaftliche "Produktion" in der Sowjetunion, die sicher in schnellem Tempo steigt und bewundernswerte Einzelleistungen vollbringt, wird jedoch bisher bewußt im Dunkeln gehalten und ist trotz aller Anstrengungen der Dokumentationszentren der freien Welt für uns nur schwer überschaubar. Die oft grotesk anmutende Angst vor Kontrolle durch das Ausland bringt uns sicher manche Unbequemlichkeit, der Sowjetunion selbst aber bringt sie auf die Dauer gravierende Nachteile.

Trotzdem müssen wir versuchen, daß wir auf eine zweite Stufe gelangen, die darin besteht, das "Know How" auf wichtigen Forschungsgebieten auszutauschen wie es mit westlichen Ländern der Fall ist. Dazu sollte man Bereiche wählen, die politisch unverfänglich sind. Die sowjetischen Bemühungen auf dem Gebiet der Medizin, der Erdbohrungen, der Biologie sollten genutzt werden, wohingegen die Sowjetunion besonders an unseren technologischen Errungenschaften jeder Art interessiert ist. Biochemie, Biophysik, Kybernetik und Datenverarbeitung sind für beide Länder von größter Bedeutung. Man sollte aber auch mehr geisteswissenschaftliche Disziplinen einbeziehen. Zwar sind die Sowjets in erster Linie an naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnissen interessiert, aber das schließt erweiterte Kontakte im Bereich der Geisteswissenschaften nicht aus.

Ziel aller unserer Bemühungen sollte es sein, eine dritte Stufe zu erreichen, nämlich wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeiten in Angriff zu nehmen, um so zu einer breiten wissenschaftlichen, technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu kommen.

So gesehen, ist das Feld der Wissenschaftsbeziehungen zur Sowjetunion noch ein ungenügend ausgenutztes Ackerland, das noch des Pfluges und der Saat bedarf. Wissenschaftliche Zusammenarbeit ist ein Stück Friedenspolitik.

Der konsequenten Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland könnten auch intensiviertere deutsch-sowjetische Wissenschaftsbeziehungen dienen. Aber das setzt voraus, daß die andere Seite unsere Friedensbemühungen anerkennt und mehr als bisher bereit zu wissenschaftlicher Kooperation ist.

BUCHBESPRECHUNG

Paul Tillich, DIE RELIGIÖSE DEUTUNG DER GEGENWART.
Schriften zur Zeitkritik (Ges. Werke, Bd. X),
Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart 1968, 330 S., DM 28,40

Der vorliegende Band der Gesammelten Werke des 1965 verstorbenen deutsch-amerikanischen Theologen und Philosophen vereinigt Aufsätze aus der Zeit von 1926 - 1958. Er beginnt mit dem Wiederabdruck des langvergriffenen, aber oft gesuchten Büchleins über "Die religiöse Lage der Gegenwart", das in seiner Kürze und Prägnanz einen wesentlichen Schlüssel zum Verständnis der geistigen Situation der Weimarer Republik darstellt. Es folgen Aufsätze über das Verhältnis der Kirchen zum totalen Staat und zum Kommunismus. Der zweite Teil des Bandes ist den Analysen der europäischen und der Weltsituation in der Kriegs- und Nachkriegszeit gewidmet.

Wer sich um das geistige Verständnis unserer Zeit bemüht, sollte an diesen Aufsätzen nicht vorbeigehen. Sie danken dem Leser diese Bemühung nicht nur durch die Fülle des Materials, das sie bieten, sondern vor allem dadurch, daß Tillich die jeweilige Situation auf ihren transzendenten Hintergrund hin erhellt. Gewiß sind die Kategorien, die Tillich benutzt, im einzelnen der Kritik offen. Aber gerade die kritische Auseinandersetzung mit den Aufsätzen schärft den Blick des Lesers für die eigenen Kategorien, die sooft unkritisch das eigene Urteil über die Zeit bestimmen. Das Buch ist auch ein guter Einstieg in die Schriften Tillichs. Die Situationsanalysen sind allgemein verständlich. Sie reichen aber an vielen Punkten an die philosophischen und theologischen Grundfragen unserer Zeit, die Tillich in großer Meisterschaft beherrschte. Wer das Buch gelesen hat, wird gern nach den übrigen Werken Tillichs greifen.

KURZ BERICHTET

Politiker der CDU haben sich zustimmend zu der leidenschaftlichen Absage D. Martin Niemöllers an die Forderung nach einer Demokratisierung der Kirche geäußert. Der ehemalige Kirchenpräsident hatte bei der Trauerfeier für seinen verstorbenen Amtsnachfolger Sucker betont, daß die Kirche nicht im landläufigen Sinne demokratisiert werden könne, weil sie aus ihrem Wesen und Auftrag heraus eine bestimmte Struktur haben müsse, über die nicht nach dem Gesichtspunkt verfügt werden könne, "was uns menschlich und demokratisch am sinnvollsten und zweckmäßigsten erscheine".

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Berthold Martin (Giessen), bezeichnete Niemöllers Gedanken als einen wichtigen Beitrag zur gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation.

IN MEMORIAM

Am 30. 12. 1968 verstarb Propst D. Hans Asmussen im Alter von 70 Jahren in Speyer.

In einem Beileidstelegramm des Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, Bundesminister Dr. Gerhard Schröder, an Frau Asmussen heißt es u. a.: "...Die Erinnerung an ihn wird durch seine Gläubigkeit, seine Tapferkeit und seine Menschlichkeit geprägt. An die Gespräche und Begegnungen mit Ihrem Gatten werde ich stets gern zurückdenken."

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU verliert mit Propst Asmussen einen Mann, der die Entwicklung des Arbeitskreises von seiner Gründungsphase an mit Interesse und Anteilnahme gefördert hat.

Am gleichen Tage verstarb Kirchenpräsident Professor D. Wolfgang Sucker, der 1964 die Nachfolge Martin Niemöllers als Leiter der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau übernommen hatte.

An die Witwe des Verstorbenen telegrafierte Bundesminister Dr. Gerhard Schröder u. a.: "...Mit Ihnen trauert eine große Gemeinde. Die Evangelische Kirche hat einen ihrer unermüdlich tätigen Kirchenmänner verloren."

Nach längerer Krankheit verstarb am 4. Januar 1969 Landrat a.D. Walter Jansen wenige Monate vor Vollendung seines 70. Lebensjahres. Zu seinem Tode schreibt Hanna Walz, MdL: "Mit Walter Jansen verlieren wir einen Mann, der zu den Mitbegründern der hessischen CDU 1945 gehörte, im Bundesvorstand der CDU als Präsident der Kommunalpolitischen Vereinigung wirkte und darüber hinaus langjähriger Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Hessen war.

Walter Jansen war ein Vollblutpolitiker, dem Gott ein schier unverwundliches Temperament und ein hohes Maß an vorwärtstreibender Kraft, Initiative und Verhandlungskunst geschenkt hat. Getragen von christlicher Verantwortung mutete er sich eine ungeheure Arbeitslast zu, die über die Kräfte der meisten gegangen wäre.

Die politische Landschaft ist mit seinem Tode um ein Vorbild ärmer geworden."

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Eberhard Stammler, Peter Egen
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rh., Am Hof 28, Ruf: 02221-57001

15. BUNDESTAGUNG DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES

Die 15. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises, die unter dem Leitthema "Freiheit und Autorität in unserem Staat" steht, findet in der Zeit vom 20. -22. März 1969 in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf statt.

Die unter der Leitung des ersten Vorsitzenden, Bundesminister Dr. Gerhard Schröder, stehende Tagung wird sich in mehreren Arbeitskreisen mit der Problematik von Freiheit und Autorität in der Vielschichtigkeit der einzelnen Bereiche unserer modernen Gesellschaft auseinandersetzen. Das Hauptreferat hält am Vormittag des 21. 3. Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg über das Thema "Freiheit und Autorität in unserem Staat". Am gleichen Tag findet abends ein Empfang durch die anwesenden Minister für alle Tagungsteilnehmer statt. Auf der Schlußveranstaltung am 22. 3. 1969 wird neben Bundesminister Dr. Gerhard Schröder Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger sprechen.

Alle Bezieher und Leser der "Evangelischen Verantwortung" sind schon heute zur Teilnahme an dieser Tagung eingeladen, die am Abend des 20. März 1969 mit einem Theologengespräch über das Thema "Wir Protestanten und die Bundesrepublik Deutschland" eröffnet wird. Einladungen und Tagungsprogramme erhalten Sie mit der nächsten "Evangelischen Verantwortung" Mitte Februar zugeschickt.

BEZUG UND VERSAND DER "EVANGELISCHEN VERANTWORTUNG"

Vor wenigen Wochen hatte die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises in einem Rundschreiben an die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder der örtlichen Arbeitskreise das Neuerscheinen der "Evangelischen Verantwortung" angekündigt. Aufgrund der bei uns eingegangenen Zuschriften fassen wir kurz zusammen:

Die "Evangelische Verantwortung" erscheint ab Januar 1969 in monatlicher Folge. Sie wird grundsätzlich kostenlos an Freunde und Interessenten verschickt. Die Redaktion ist besonders daran interessiert, die Adressen politisch aktiv interessierter Angehöriger der jüngeren Generation zu erhalten, um in diesen Kreisen auf das Verantwortungsbewußtsein des Protestanten für die Politik hinzuweisen. Wir wären unseren Lesern daher dankbar, wenn sie der Redaktion entsprechende Namen und Adressen mitteilen könnten. Es braucht sich dabei nicht um Mitglieder der CDU/CSU zu handeln, sondern auch solche Personen, die im kirchlichen Raum aktiv tätig sind und uns kritisch gegenüberstehen, sind uns als Bezieher willkommen.